

FREIBERUFLER-TICKER vom 13. April 2019

1. Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2017

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamtes (Destatis) vom 11. April 2018 ist die Gesamtanzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in der Gesamtwirtschaft im Jahr 2017 um ein Prozent angestiegen. Den größten absoluten Zuwachs hat es im Handwerk gegeben (plus 8.000 Stellen). Prozentual am stärksten sind die Neuverträge im öffentlichen Dienst gewachsen (plus 6,5 Prozent). In den meisten übrigen Ausbildungsbereichen wie Industrie und Handel (plus 0,1 Prozent), Landwirtschaft (plus 0,4 Prozent) und Hauswirtschaft (plus 0,1 Prozent) ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge geringfügig angestiegen, bei den Freien Berufen ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 0,5 Prozent gesunken. Destatis verwendet als Bezug für seine Berechnungen immer das Kalenderjahr, laut den letztverfügbaren Auswertungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September 2017 in den Freien Berufen um 1,2 Prozent gewachsen.

2. Arbeitsmarkteffekte der Digitalisierung bis 2035: Umwälzungen, aber kaum Abbau

Die Digitalisierung wird bis zum Jahr 2035 nur geringe Auswirkungen auf das Gesamtniveau der Beschäftigung haben, aber große Umbrüche bei den Arbeitsplätzen mit sich bringen. Das geht aus einer [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) vom 10. April 2018 hervor, in der das Szenario einer fortschreitenden Digitalisierung mit einem Basis-Szenario ohne Digitalisierungseffekte verglichen wird. Im Jahr 2035 werden laut den Modellrechnungen aufgrund der Digitalisierung einerseits rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze abgebaut sein. Andererseits führt die Digitalisierung den Forschern zufolge zu annähernd genauso vielen neuen Arbeitsplätzen, sodass unterm Strich keine größeren Beschäftigungsverluste erwartet werden. Das Verarbeitende Gewerbe wird laut der Studie die höchsten Beschäftigungsverluste aufgrund der Digitalisierung erfahren. Hier könnten rund 130.000 Arbeitsplätze verloren gehen. Die größten Beschäftigungsgewinne sind dagegen in der Branche „Information und Kommunikation“ mit rund 120.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen zu erwarten.

3. IW-Studie zur Auswirkung der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt

Auch laut einer [Pressemitteilung](#) des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln vom Ende vergangener Woche wird es durch den digitalen Wandel nicht zum Abbau von Arbeitsplätzen kommen. Der Analyse des IW zufolge haben stark digitalisierte Firmen – sogenannte Unternehmen 4.0 – ihre Belegschaften häufiger vergrößert als die weniger digitalisierten Unternehmen. Über Branchen hinaus entwickeln sich Beschäftigung und Digitalisierungsgrad nicht gleichmäßig: Während in der Informationswirtschaft Digitalisierungsgrad und Beschäftigung gestiegen sind, ist die Beschäftigung im Banken- und Versicherungsgewerbe trotz eines fortschreitenden Digitalisierungsprozesses gesunken. Auf Berufsebene werden in Berufsgruppen mit hohem Automatisierungsgrad wie dem Verarbeitenden Gewerbe weniger Beschäftigte eingestellt, jedoch ist das eher die Folge des Fachkräftemangels und weniger einer sinkenden Nachfrage nach Arbeitnehmern aufgrund von Automatisierungsprozessen.

4. Zahl der Studierenden ohne Abitur hat sich seit 2010 verdoppelt

Wie das Centrum für Hochschulforschung (CHE) in seiner [Pressemitteilung](#) vom Ende vergangener Woche mitgeteilt hat, hat sich die Zahl der Studierenden ohne allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife seit dem Jahr 2010 mehr als verdoppelt und im Jahr 2016 bei 57.000 gelegen. Den Berechnungen des CHE zufolge sind Frauen und Männer darunter jeweils rund zur Hälfte vertreten, fast jeder zweite Studierende ohne Abitur ist älter als 30 Jahre. Seit knapp zehn Jahren eröffnet der sogenannte dritte Bildungsweg deutschlandweit die Möglichkeit, sich auch über Berufspraxis für ein Studium zu qualifizieren, sogar in zulassungsbeschränkten Fächern wie Medizin und Pharmazie. Insgesamt hat mit 55 Prozent mehr als die Hälfte aller Studienanfänger ohne Abitur im Jahr 2016 ein Fach aus den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gewählt. An zweiter und dritter Stelle stehen die Ingenieurwissenschaften (20 Prozent) und Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (zwölf Prozent).

5. Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft im Jahr 2016

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamtes vom 12. April 2018 sind im Jahr 2016 282 Milliarden Euro für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben worden, ein Plus von 2,8 Prozent zum Vorjahr. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind im Jahr 2016 wie schon im Jahr 2015 für Bildung, Forschung und Wissenschaft neun Prozent verwendet worden. Der größte Teil der Ausgaben in Höhe von 160,4 Milliarden Euro ist auf Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft entfallen. Diese haben Ausgaben für Kindertageseinrichtungen von 27,3 Milliarden Euro (17,0 Prozent), für Schulen und den schulnahen Bereich von 93,1 Milliarden Euro (58 Prozent) und für tertiäre Bildungseinrichtungen wie etwa Hochschulen (einschließlich Forschung und Entwicklung) von 37,7 Milliarden Euro (23,5 Prozent) umfasst. Wenn man ausschließlich den Bildungsbereich (Bildungseinrichtungen, Bildungsförderung und Weiterbildung) betrachtet, dann haben sich die Bildungsausgaben von 2011 bis 2016 um 12,4 Prozent auf 200,1 Milliarden Euro erhöht. Dabei sind die Ausgaben für Schulen und den schulnahen Bereich um acht Prozent, für tertiäre Bildungseinrichtungen um 15,5 Prozent und für Kindertageseinrichtungen um 34,7 Prozent gestiegen.

6. Große Spanne bei Arbeitskosten in der EU

Nach [Angaben](#) des statistischen Amtes der Europäischen Union, die am 9. April 2018 veröffentlicht worden sind, haben im Jahr 2017 in der Europäischen Union die Arbeitskosten pro Stunde durchschnittlich 26,80 Euro betragen. Die niedrigsten Kosten hat Bulgarien mit 4,90 Euro verzeichnet, gefolgt von Rumänien mit 6,30 Euro und Litauen mit 8,00 Euro. Am teuersten ist die Arbeitsstunde mit 42,50 Euro in Dänemark gewesen, danach kommen Belgien mit 39,60 Euro und Luxemburg mit 37,60 Euro. In Deutschland hat die Arbeitsstunde 34,10 Euro gekostet.